

"Unterzeichnung des Deutschen Vertrags besiegelt das Ende der politischen Ära der Nachkriegszeit" in The Guardian (13. September 1990)

Legende: Einen Tag nach der Unterzeichnung des so genannten „Zwei-plus-Vier“-Vertrags (die beiden deutschen Staaten und die vier alliierten Unterzeichnerstaaten des Potsdamer Abkommens aus dem Jahr 1945) über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland, unterstreicht die britische Tageszeitung The Guardian die historische Tragweite des Ereignisses.

Quelle: The Guardian. 13.09.1990. Manchester: The Manchester Guardian and Evening News Ltd. "Signing of German treaty ends post-war political era", auteur:Grow, David , p. 11.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/unterzeichnung_des_deutschen_vertrags_besiegelt_das_ende_der_politischen_ara_der_nachkriegszeit_in_the_guardian_13_september_1990-de-ccoabe99-ae03-47c2-884b-b63d8dbfobf9.html



Publication date: 05/07/2016

Unterzeichnung des Deutschen Vertrags besiegelt das Ende der politischen Ära der Nachkriegszeit

Europas einflussreichste Nation hat eine neue, zentrale Rolle, schreibt David Gow.

Es bleiben nur noch 20 Tage, bis Deutschland wiedervereint wird und seine volle Souveränität zurückerhält, 45 Jahre nachdem es seine Niederlage mit seiner Teilung bezahlen musste.

Das neue Deutschland, das kaum ein Jahr nach der friedlichen Revolution im Osten entsteht, hat Grenzen anerkannt, die sein ehemaliges Hoheitsgebiet reduzieren, es verzichtet außer unter strengen Bedingungen auf kriegsartige Handlungen, und, was am Entscheidendsten ist, es ist bereit, seine Souveränität in dem Augenblick teilweise aufzugeben, da diese wiederhergestellt wird.

Die gestrige feierliche Unterzeichnung in Moskau bedeutet das Ende der Nachkriegszeit. Deutschland wurde von den vier Alliierten im Zweiten Weltkrieg einschließlich der zwei gegenwärtigen Supermächte als bedeutendste Nation in Europa anerkannt, die im Kampf um eine neue Weltordnung eine zentrale Rolle zwischen Osten und Westen spielt.

Bundesaußenminister Hans Dietrich Genscher sagte jedoch, dass ein vereintes Deutschland seine Souveränität zur Sicherung des Friedens in Europa ausüben werde. Die Einheit bedeute für Deutschland eine größere Verantwortung und nicht Machtstreben, sagte er.

Er erinnerte an das „unendliche Leid“, das den Menschen und insbesondere den Juden durch das alte, expansionistische Deutschland zugefügt worden.

Der Vertrag, der gestern unterzeichnet wurde, setzt der Bewegungsfreiheit Deutschlands enge und dauerhafte Grenzen. Seiner Definition zufolge besteht die neue Nation aus der Deutschen Demokratischen Republik, der Bundesrepublik Deutschland und ganz Berlin. Der Vertrag verpflichtet das Land, sämtliche Gebietsansprüche aufzugeben.

Die Unterzeichnung fand statt, während eine Reihe christdemokratischer Abgeordneter, vor allem solche, die aus früheren deutschen Gebieten vertrieben worden waren, Öl in das Feuer der Empfindlichkeiten gossen, indem sie das Verfassungsgericht aufforderten, den Wiedervereinigungsvertrag in diesem Punkt abzulehnen.

Kanzler Helmut Kohl, der von solchen Exilanten dafür verspottet worden war, dass er die Endgültigkeit der polnischen Westgrenze nach langem Hin und Her anerkannte, strengte sich gestern besonders an, um die Rolle Warschaus bei der Annahme der deutschen Einheit zu unterstreichen.

Artikel 2 des Vertrags erklärt zudem bedingungslos jeglichen Versuch zur Störung des Friedens und insbesondere die Vorbereitung eines Angriffskriegs für „verfassungswidrig und strafbar“.

Deutschland kann seine Waffen niemals mehr einsetzen, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen, die, wie die USA bereits während der Golfkrise festgestellt haben, sehr einschränkend ist.

Deutschlands formeller Verzicht auf die Herstellung, den Besitz und die Anwendung von atomaren, biologischen und chemischen Waffen ist ebenfalls im Vertrag verankert, sowie die Verpflichtung, seine Streitkräfte innerhalb von drei bis vier Jahren auf eine Personalstärke von 370 000 Mann zu beschränken. Das sind 120 000 Mann weniger als die momentane Stärke der Bundeswehr allein.

Aber die neue außenpolitische Macht Deutschlands war gestern in den hektischen Verhandlungen in letzter Minute, kurz vor der Zeremonie, deutlich zu erkennen. Es gab vier ungeklärte Probleme.

Der Westen und die westdeutsche Regierung hatten vorgeschlagen, die Rechte der vier Alliierten vom 3.

Oktober, dem Tag der Deutschen Einheit, an aufzuheben. Moskau bestand jedoch bis zur letzten Minute darauf, dass die volle Souveränität erst nach Ratifizierung des Vertrags durch alle Parteien, einschließlich des Obersten Sowjets, wiederhergestellt sein sollte.

Schließlich ließ Moskau, teilweise dank der Vermittlung durch Außenminister Genscher, seine Ansprüche fallen, und in einer separaten Erklärung wird bekräftigt, dass die Rechte der vier Alliierten mit dem Tag der Wiedervereinigung enden.

Moskau gelang es jedoch mit Unterstützung aus Bonn, seine Weigerung durchzusetzen, in der Übergangszeit, während die sowjetischen Truppen abgezogen werden, Nato-Einsätze auf ostdeutschem Gebiet zuzulassen. In Ostdeutschland werden keine Nato-Truppen stationiert werden, obwohl das geeinte Deutschland Nato-Mitglied sein wird.

Das dritte ungeklärte Problem betraf die Ausrüstungen, die sowohl zu militärischen als auch zu zivilen Zwecken eingesetzt werden können und die die Russen nicht in Ostdeutschland zulassen wollten. Artikel 5 des Vertrags besagt, dass nur deutsche Truppen, die dem Befehl der Nato unterstehen, im Osten nach 1994 und ohne Kernwaffen stationiert werden dürfen.

Moskau hat seine Vorbehalte bezüglich Waffen „mit doppeltem Verwendungszweck“ aufgegeben, die nun nach 1994 in Ostdeutschland stationiert werden können, vorausgesetzt, dass es sich ausschließlich um konventionelle und nicht um Kernwaffen handelt.

Das letzte Problem war, wie Genscher es nannte, der „Preis der Einheit“. Es handelte sich um Moskaus Forderung nach Bargeld für die Stationierung und den Abzug seiner Truppen sowie nach vier separaten deutsch-sowjetischen Verträgen über neue Beziehungen. Selbst mit der Übereinkunft, der Sowjetunion über die kommenden vier Jahre 12 Milliarden DM zu zahlen, war Bonn nicht in der Lage, die letzten Details für dieses letzte Problem in separaten Gesprächen gestern in Moskau auszuhandeln.